

Impulse für Gute Arbeit

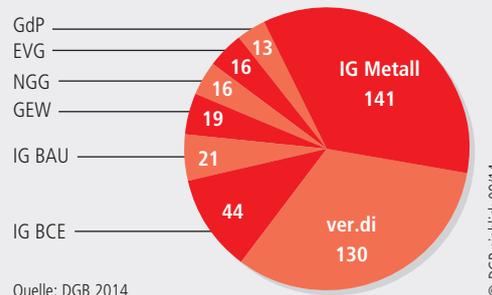
„Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität“ ist das Motto, unter dem vom 11. bis 16. Mai 400 Delegierte aus den acht DGB-Mitgliedsgewerkschaften zum „Parlament der Arbeit“, dem 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongress, zusammenkommen. Im Berliner CityCube beraten sie die politischen Schwerpunkte der nächsten vier Jahre und wählen den neuen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV).

DGB-Bundeskongress. Eines der Hauptthemen ist eine neue Ordnung der Arbeit, Europa ein weiteres, wenige Tage vor der Europawahl. Ziel ist, die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortzuführen. Auch an der DGB-Spitze setzen die Gewerkschaften auf Kontinuität und Wandel. Der neue GBV wird, wie 2010 beschlossen, auf vier Mitglieder verkleinert. Auf der Bundesvorstandsklausur Mitte Januar haben die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften ihre KandidatInnen vorgeschlagen. Als Nachfolger von Michael Sommer, der nach zwölf Jahren an der Spitze nicht mehr antritt, nominierten sie Reiner Hoffmann, seit Februar GBV-Mitglied. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sowie Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach stellen sich zur Wiederwahl. Als neues Mitglied für den GBV kandidiert Stefan Körzell, DGB-Bezirksvorsitzender von Hessen-Thüringen.

Im Zentrum der Eröffnung stehen Reden von Michael Sommer, Bundespräsident Joachim Gauck und Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin. Nach den Wahlen am 12. Mai beginnt die konkrete Arbeit. An insgesamt fünf Tagen wird ein Antragsbuch mit einem Umfang von über 900 Seiten durchgearbeitet. ●

Parlament der Arbeit

Zahl der Delegierten nach Gewerkschaftszugehörigkeit auf dem 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongress 2014



400 Delegierte der Mitgliedsgewerkschaften vertreten auf dem DGB-Kongress in Berlin über sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

Immer weiblicher

Frauenanteil unter den Delegierten der DGB-Bundeskongresse von 1990 bis 2014 (in Prozent)



Der Frauenanteil unter den Delegierten auf den DGB-Bundeskongressen ist in den vergangenen 24 Jahren stetig gestiegen.

• INHALT

- 2/3 Kongressthemen**
202 Anträge,
900 Seiten Papier
- 4/5 Mittler und Motor**
Michael Sommer
im Interview
- 6/7 Die KandidatInnen**
Gute Arbeit im Fokus

DGB-Kongress online

Homepage. Am 11. Mai beginnt der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress in Berlin. Wer nicht vor Ort dabei ist, kann im Internet alles live mit verfolgen. Debatten, Reden und Wahlen werden in einem Livestream übertragen. Außerdem stehen alle Anträge und der Geschäftsbericht zum Download bereit. In den sozialen Medien, also auf Twitter oder Facebook, können die User den Kongress verfolgen und an Online-Diskussionen teilnehmen. Damit die Twitter- oder Facebook-Meldungen zum Kongress im eigens dafür eingerichteten Social-Media-Stream auf der Homepage auftauchen, sollte das Kürzel (englisch Hashtag) #20obk angefügt werden. ●

! www.bundeskongress.dgb.de

• BLICK VON AUSSEN

„Es ist der Alltag unserer sozialen Marktwirtschaft, aus der heute die bewährte Sozialpartnerschaft, das konstruktive Miteinander von Arbeitnehmern und Arbeitgebern einfach nicht hinweg gedacht werden können. Dieses Modell hat sich seit über 60 Jahren bewährt.“

Bundespräsident Joachim Gauck

„Gewerkschaften sind wichtige, unverzichtbare Institutionen unserer sozialen und politischen Ordnung. Sie sind Stützen einer Sozialen Marktwirtschaft, die den Wettbewerb durch sozialstaatliche Rahmenbedingungen im doppelten Wortsinn ‚erträglich‘ macht.“

Bundestagspräsident Norbert Lammert

„In der Wirtschaftskrise haben die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern in herausragender Weise zusammengearbeitet. [...] Die Mitbestimmung ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Ein Pfund, das wir haben und das unsere Soziale Marktwirtschaft ausmacht.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Beschäftigte schützen

Der Beschäftigtendatenschutz muss verbessert werden. Ein solches Gesetz muss sicherstellen, dass die Vorgaben nicht durch individuelle Einwilligung der ArbeitnehmerInnen oder kollektive Vereinbarungen von betrieblichen Interessenvertretungen unterschritten werden können. Es darf keine gezielte Beobachtung und Überwachung am Arbeitsplatz geben. Unrechtmäßig erhobene Daten dürfen nicht verwertet werden. Zu einem umfassenden Datenschutz gehört die Gleichstellung der Beschäftigten beim Datenzugang. Hier darf es keine Privilegierung innerhalb eines Konzerns geben, so die Forderung im Antrag (A 001).



Die Themen des Parlaments der Arbeit

Antragsberatung. In fünf große Themenblöcke sind die Anträge des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses unterteilt. Die 400 Delegierten werden insgesamt 202 Anträge beraten. Das umfangreichste Paket betrifft eine neue Ordnung der Arbeit. Der Leitantrag (A001) umfasst alle wesentlichen Aspekte, die aus DGB-Sicht für dieses Ziel wichtig sind. Der Themenbereich wurde in vier Sachgebiete gegliedert: „Für eine Neue Ordnung der Arbeit“, „Rechte wahrnehmen und durchsetzen“,

„Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe“ sowie „Perspektiven und Zukunftsfelder der Mitbestimmung in der globalisierten Welt“. Darüber hinaus gibt es weitere vier Schwerpunkt-Themen: „Für einen handlungsfähigen Staat“, „Solidarisch in die Zukunft“, „Industrie- und Dienstleistungspolitik“, „Für ein soziales Europa – für eine gerechte Globalisierung“. Zwölf Satzungsanträge und 14 weitere zur Organisationspolitik gehören ebenfalls zum Antragspaket. ●

Neue Regeln für die Arbeitswelt

Gute Arbeit. Der zentrale Leitantrag des Kongresses beschäftigt sich mit dem Schwerpunkt „Neue Ordnung der Arbeit“. Neue Regeln fordern die Gewerkschaften zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte, zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors und der prekären Beschäftigung. Es geht um besser geschützte und existenzsichernde Arbeitsplätze. Trotz derzeit guter Beschäftigungslage ist das Thema Arbeitslosigkeit weiter aktuell. Dazu gehört auch, bei dem endlich erreichten gesetzlichen Mindestlohn alle Ausnahmen zu verhindern. Zudem muss der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen eingegrenzt werden.

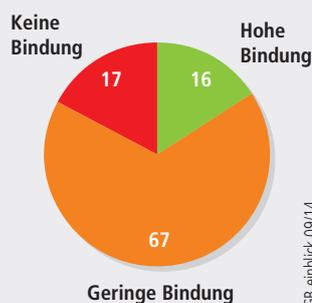
geht auch um eine neue Arbeitszeitsouveränität und humane Arbeitsbedingungen. Die demografische Entwicklung muss gestaltet werden. Unter anderem müssen die Beschäftigungschancen von Frauen verbessert und eine gute Bildung und Ausbildung junger Menschen gesichert werden. Eine der entscheidenden Grundlagen für gute Arbeit ist die Verbesserung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte.

Gute Arbeit braucht zukunftsfeste neue Regelungen und Gestaltung. Dazu gehört nicht nur ein Einkommen, von dem die Menschen leben können. Es

Gute Arbeit ist nicht nur eine nationale Aufgabe. Entscheidende politische Vorgaben und Regulierungen kommen aus Europa. Das heißt: „Wenn sich Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkte entgrenzen, ist es die Aufgabe von EGB, DGB und den Mitgliedsgewerkschaften, die europäische Gestaltung der Arbeitsbeziehungen voranzutreiben“ (A 001). ●

Keine gute Arbeit

Anteil Beschäftigter, die sich mit ihrem Unternehmen gut, weniger oder gar nicht verbunden fühlen (in Prozent)



Quelle: Gallup Engagement-Index 2013

© DGB einblick 09/14

Der überwiegende Teil der Beschäftigten hat nur eine geringe Bindung an sein Unternehmen und leistet Dienst nach Vorschrift. Das Beratungsunternehmen Gallup, das jährlich den Engagement-Index vorlegt, stellt zwar einen leichten Rückgang bei der Gruppe fest, die sich überhaupt nicht an ihr Unternehmen gebunden fühlt (2012: 24 Prozent, 2013: 17 Prozent), doch der Anteil mit geringer Bindung legte gegenüber dem Vorjahr noch einmal um sechs Prozent zu. Verantwortlich für die Unzufriedenheit am Arbeitsplatz ist die mangelnde Führungsqualität der Vorgesetzten. Wer ungern zur Arbeit geht, ist schneller bereit, den Arbeitgeber zu wechseln. Ein Wechsel, der Kosten verursacht.

Digitale Arbeitsbedingungen anpassen

Neue Leitlinien. Die zunehmende digitale Vernetzung erfordert neue Konzepte. Arbeitspolitische Initiativen sind sowohl im Dienstleistungsbereich wie auch für die Industrie notwendig. Auf der Basis einer breiten gesellschaftlichen und innergewerkschaftlichen Diskussion sollten neue Leitlinien für gute Arbeit entwickelt werden, fordert der Antrag A 002. Diese müssen sowohl den Autonomieansprüchen der Beschäftigten gerecht werden, aber ebenso negative Entwicklungen – wie ständige

Erreichbarkeit – minimieren. Die Sozialversicherungssysteme und auch der Arbeitsschutz müssen dieser Arbeitswelt angepasst werden. Ebenso muss das Mitbestimmungsrecht auf Betriebs- und

Unternehmensebene die veränderten Arbeitsbedingungen aufgreifen. Digitalisierung setzt eine gute Netzinfrastruktur voraus – vor allem in strukturschwachen Regionen (A 002). ●

● TELEGRAMM

Die Zustimmung der Delegierten erwartet die DGB-Jugend für ihren Antrag, eine Obergrenze für Managergehälter einzuführen. Sie sollen künftig in Relation zu den Arbeitnehmerereinkommen eines Unternehmens festgelegt werden. (D 004).

Ergänzend zum Antrag des Bundesvorstandes will die NGG gesetzliche Regeln für mehr Transparenz bei der Produktion: Angefangen bei den Rechten der Beschäftigten bis hin zu Angaben über Umwelt- und Klimaschutz (D 006).



Fotos: DGB/Simone M. Neumann

Stabile Vorsorge

Rente. Die gesetzliche Rentenversicherung ist nach wie vor der Grundstock für die Sicherung des Lebensstandards im Alter. Sie muss deshalb deutlich mehr als eine Existenzsicherung sein. Akzeptanz findet die gesetzliche Altersvorsorge allerdings nur dann, wenn die Leistungen spürbar verbessert werden. Das Rentenniveau muss deshalb mindestens auf dem heutigen Stand stabilisiert werden. Für die Jahre nach 2030 sind aber weitere Schritte notwendig. Der Leitantrag zu diesem Themenschwerpunkt fordert eine Weiterentwicklung der heutigen Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung. Denn die Arbeitsbiografien der Zukunft werden zunehmend instabiler. Es wird häufiger einen Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit geben (L 001). ●

Mitreden und entscheiden

Mitbestimmung. Eine gemeinsame Mitbestimmungsoffensive wollen der DGB und seine Gewerkschaften starten. Der Bundeskongress wird über umfassende Anforderungen an eine moderne Mitbestimmung abstimmen. Dabei beschränken sich die Gewerkschaften nicht alleine auf den Arbeitsplatz Deutschland. Das Mitreden und Mitentscheiden muss in Zeiten einer globalisierten Welt international geregelt werden. Folgerichtig erwarten der DGB und seine Gewerkschaften

entsprechende gesetzliche Neuregelungen von der Bundesregierung und der EU-Kommission.

Über die betriebliche Mitbestimmung hinaus geht es auch um die Demokratisierung des öffentlichen Dienstes. Hier sollen die Informationsrechte erweitert und die Vorgaben für die Personalräte verbessert werden. Für die kirchlichen Arbeitgeber wollen die Gewerkschaften eine Gleichstellung bei den Mitbestimmungsrechten (D 001). ●

Europa der Gewerkschaften

„Wir wollen eine Europäische Union, die als größte Handelsmacht des Globus ihre Potenziale nutzt, statt in Kleinstaaterei zurückzufallen“, heißt es im Antrag des DGB-Bundesvorstandes zu Europa. Ein soziales Europa braucht starke Gewerkschaften. Deshalb

gehört zu den Zielen des DGB, den Einfluss der Gewerkschaften in Europa zu festigen. Der DGB und seine Gewerkschaften wollen einen kampagnenfähigen Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), der den Diskurs auf europäischer Ebene initiiert und steuert. Der

DGB will sich gemeinsam mit dem EGB für eine neue Grundrechte- und Sozialagenda einsetzen. Grundlage sollte hierfür ein neuer EU-Konvent sein, der in einem Vertrag mündet, um sicherzustellen, dass Europa demokratischer und sozialer wird (T 001).

Unterstützung mit Vorgaben

Energiewende. Zur Energiepolitik legt der DGB einen umfassenden Antrag vor. Die Bundesregierung kann bei den Zielen auf die volle Unterstützung der Gewerkschaften zählen. Das setzt allerdings voraus, dass ein stimmiges Konzept erarbeitet wird. Vorrang hat dabei für die Gewerkschaften die Effizienz. Ein Bundesenergieeinspargesetz

sollte die bisherigen Einzelmaßnahmen sinnvoll zusammenfassen. Für das Gebäudesanierungsprogramm wird mehr Geld benötigt und die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes muss für Investitions- und Planungssicherheit sorgen. Die Energiewende muss sozialverträglich ausgestaltet sein und für alle Verbrauchergruppen bezahlbar bleiben. Das gilt für die privaten Haushalte ebenso wie für die Unternehmen (P 001). ●

Einnahmen verbessern

Steuerpolitik. Der Standort Deutschland braucht eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur und einen bürgernahen öffentlichen Dienst. Ein handlungsfähiger Staat braucht aber Finanzierungsspielräume. Um diese zu sichern, fordert der Leitantrag zu diesem Themenschwerpunkt, dass Kapitaleinkünfte wieder dem persönlichen Steuersatz unterliegen, die Abgeltungssteuer in einem ersten Schritt angehoben wird und große Vermögen stärker herangezogen werden. Für eine funktionierende Infrastruktur müssten auch die Unternehmen in die Pflicht genommen werden (E 001). ●

Solidarisch finanziert soll die heutige Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung Gesundheit und Pflege weiterentwickelt werden. Die Reform sollte ab einem Stichtag für alle BerufseinsteigerInnen gelten (M 001).

Schulungen für Haupt- und Ehrenamtliche fordert der DGB-Bundesfrauenausschuss, um sexueller Belästigung am Arbeitsplatz besser entgegenwirken zu können. Die Schulungen sollen auch Handlungsmöglichkeiten aufzeigen (A021).

Transparenz gefordert

Handelsabkommen. EU-Handelsabkommen müssen sich an den Interessen der BürgerInnen orientieren. Das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), das derzeit verhandelt wird, könnte aus DGB-Sicht die Chance bieten, ein Vorbild für kommende multilaterale Abkommen zu sein. Das setzt allerdings voraus, dass die Verhandlungen transparent und unter Beteiligung der Parlamente und Zivilgesellschaft stattfinden und an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtet werden (V 001). ●

Anzeige

25 Jahre BuchKellner
49,80 €
Der Büro-Ordner für Betriebsräte vom Kollegen Kellner
www.kellnerverlag.de

Der Motor läuft wieder

Zwölf Jahre war Michael Sommer Vorsitzender des DGB. In diese Zeit fallen die politischen Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 und um die Rente mit 67. Unter seiner Führung haben DGB und Gewerkschaften in der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 ihre Stärke bewiesen und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro erkämpft. Im einblick-Interview spricht Michael Sommer über Herausforderungen und Erfolge während seiner Amtszeit.

Weg von der DAX-Logik hin zu einer menschlicheren Gesellschaft: In deinem ersten einblick-Interview 2002 vor der Wahl zum DGB-Vorsitzenden hast du ein verändertes gesellschaftliches Klima als eines deiner wichtigsten Ziele bezeichnet. Ist das gelungen?

■ In den zwölf Jahren ist viel passiert: die Agenda 2010, die Rente mit 67, die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise. All das konnte ich 2002 nicht vorhersehen. Die Logik des Finanzkapitals ist auf die Spitze getrieben worden, sodass wir 2008 die Lehman-Krise erlebt haben. Die dafür Verantwortlichen haben immer noch das Sagen und sind nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Wir sehen das bei der Finanztransaktionssteuer. Sie wurde immer wieder angekündigt, aber ist immer noch nicht durchgesetzt. Die Logik des Finanzkapitals ist nicht gebrochen. Und doch hat sich die gesellschaftliche Einstellung insgesamt verändert, die Menschen wollen sich nicht mehr den Mechanismen der Marktideologie unterwerfen.

Welchen Anteil haben die Gewerkschaften an der Veränderung des gesellschaftlichen Klimas?

■ Einen großen. Die Gewerkschaften haben am stärksten Widerstand gegen die neoliberale Ideologie geleistet und Gegenwehr mobilisiert. Es sind Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit, dass die Tarifautonomie jetzt wieder gestärkt wird, dass der Mindestlohn kommt, dass es bei der Rente Korrekturen gibt. Statt einer weiteren Aushöhlung gibt es eine Rückbesinnung auf den Sozialstaat.

Wo siehst du die Gewerkschaften in Deutschland heute?

■ Als ich DGB-Vorsitzender wurde, war das Image der Gewerkschaften eher schlecht, wir galten als die „Dinosaurier des Industriezeitalters“. Etliche haben in mir den Insolvenzverwalter gesehen. Das ist nicht eingetreten. Heute sind die Gewerkschaften wieder eine starke, gestaltende Kraft in diesem Land. Wir sind gesellschaftlich anerkannt, wir haben die Trendwende in der Mitgliederentwicklung erreicht und sie stabilisiert. Meine Kollegen im Ausland halten uns derzeit für die stärkste Gewerkschaftsbewegung weltweit. Das würde ich so nicht übernehmen, aber wir sind schon für viele ein Vorbild. Wir haben in unserer Politik im

Doppelspiel von Sozialpartnerschaft und Gegenmacht eine vernünftige Balance gefunden.

Vor zwölf Jahren hast du gesagt: Der DGB muss Mittler und Motor sein. Hat der DGB heute diese Rolle in der Gewerkschaftsbewegung?

■ Ja, wir sind wieder Mittler und Motor. Der Motor hat zwischendurch gestottert, wir hat-

Auto selbst. Das ist die Gewerkschaftsbewegung. Der DGB wird als gemeinsame Einrichtung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland gebraucht. Die Mitglieder sind stolz auf ihre jeweiligen Gewerkschaften, aber sie sehen sie auch als ein Teil einer größeren Bewegung. Die muss dann allerdings funktionieren, der DGB muss funktionieren.



Michael Sommer auf der Demonstration zum 1. Mai 2002, kurz vor seiner Wahl zum DGB-Vorsitzenden

... 2007 mit Reiner Hoffmann auf einer Demo in Straßburg gegen die Bolkestein-Richtlinie

ten auch manchmal Schwierigkeiten mit dem Kraftstoff. Aber wir füllen die Rolle wieder aus. Der DGB wird als gemeinsame, gesellschaftliche und gestaltende Kraft der Gewerkschaften gebraucht und muss auch so agieren. Zwischenzeitlich war der DGB in einer existenziellen Krise. Ich habe als DGB-Vorsitzender versucht, das weitgehend von der Organisation fernzuhalten. Es stand die Frage im Raum, wozu die Gewerkschaften den DGB brauchen. Dazu musste einiges klargestellt werden.

Der DGB ist nicht eine neunte Säule neben den acht Gewerkschaften, sondern eine gemeinsame Funktion der acht. Er ist ihr politischer Arm. Er ist eben der Motor und nicht das

Das zu gewährleisten, darauf war meine Arbeit ausgerichtet. Was wir in den letzten Jahren erreicht haben, ist aber nicht allein mein Verdienst. Viele haben daran mitgewirkt.

Welche Rolle soll der DGB in Zukunft einnehmen?

■ Der DGB soll die allgemeinen Anliegen der Gewerkschaften in die Politik einbringen, die Fäden zusammenhalten, gemeinsame Kampagnen führen, wichtige Dienstleistungen wie den Rechtsschutz gut organisieren. Der DGB ist der politische Arm der Gewerkschaften. Wir treten gemeinsam auf und greifen uns in Gesellschaft und Politik nicht wechselseitig an. Natürlich sind so große Organisationen wie die IG Metall, ver.di

Michael Sommer, 62, wurde am 28. Mai 2002 mit 94 Prozent der Delegiertenstimmen zum DGB-Vorsitzenden gewählt. Am 11. Mai 2014 geht seine Amtszeit nach zwölf Jahren an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu Ende. Seit 2010 ist Michael Sommer außerdem Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), dessen Amtszeit auf vier Jahre begrenzt ist. Andere Funktionen wird er jedoch weiter innehaben. So ist Michael Sommer seit Dezember

2013 stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch Senator der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) wird er bleiben. Der Diplom-Politologe ist seit 1971 Gewerkschaftsmitglied, zunächst der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), später bei ver.di, deren stellvertretender Bundesvorsitzender er von 2001 bis zu seiner Wahl zum DGB-Vorsitzenden war. Seit 1981 ist Sommer Mitglied der SPD.

und die anderen Gewerkschaften in der Lage, politisch zu wirken. Das tun sie erfolgreich, und das ist auch richtig. Wichtig ist, dass die Gewerkschaften – anders als in vielen Ländern – sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern eine gemeinsame Linie suchen und diese auch deutlich machen. Einigkeit macht stark, Zerrissenheit macht schwach. Der Wert des DGB besteht darin, dass wir mit einer Stimme sprechen. Der DGB ist für die gemeinsame Formulierung und Durchsetzung von Politik zuständig.

In deine Amtszeit fällt auch die DGB-Strukturreform. Wie ist deine Bilanz?

■ Wir haben zusammen einen guten Job gemacht. Die Funktion

Frage der politischen Überlebensfähigkeit der Gewerkschaften, den Einheitsgedanken wieder stärker zu betonen. Wir mussten deutlich machen, dass wir die Interessenvertretung von Arbeit sind. Als solche sind wir überparteilich, aber nicht unpolitisch. Das hat uns in der Auseinandersetzung, als viele Kolleginnen und Kollegen – ich selbst auch – innerlich zerrissen waren zwischen dem Parteibuch und der Gewerkschaftsmitgliedschaft, vor Schaden bewahrt. Das hat den Laden zusammengehalten.

Ein guter Nebeneffekt war, dass wir dadurch auch diskursfähig wurden für andere gesellschaftliche Gruppen und politische Parteien. Heute sind wir anerkannt als Organisati-

tionale Arbeitsorganisation ILO wurde als tripartistische Organisation gestärkt. Die Beispiele Bangladesch und Katar zeigen, dass wir uns weltweit gegen miese Arbeitsbedingungen engagieren. Die internationale Arbeit liegt mir sehr am Herzen. Ich habe das sehr gern gemacht und auch manches bewegen können. Mit dem Wissen, dass viele Erfolge leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind.

Die Europa-Wahlen stehen vor der Tür. Was steht konkret auf dem Spiel?

■ Es wird unglaublich viel in Europa entschieden. Das meiste allerdings nicht mit dem Eu-



... gemeinsam mit dem IGB-Präsidium bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 7. Oktober 2009



... mit seinem 2013 verstorbenen Vorgänger Ernst Breit auf dem DGB-Kongress 2010



... beim Besuch der Meyer-Werft in Papenburg 2011



... bei der zentralen DGB-Mai-Kundgebung 2012 in Stuttgart

der Bezirke wurde neu bestimmt und die Bezirksvorsitzenden in ihrer Rolle gestärkt. Wir haben den Laden gründlich renoviert, was die Flächenpräsenz anbetrifft, und mit einem starken ehrenamtlichen Element ausgestattet. Damals haben alle zu mir gesagt: „Das klappt nie“. Heute gibt es über 300 Stadt- und Kreisverbände. Die Reform muss jetzt noch stärker gelebt werden. Vier Jahre lang wurde sie implementiert, erste Erfahrungen gesammelt. Die Konzentration der Kräfte ist positiv. Das muss jetzt weiter umgesetzt werden, die Grundentscheidungen sind gefällt.

In deiner Zeit als DGB-Vorsitzender hast du auch das Prinzip der Einheitsgewerkschaft wieder stärker ins Zentrum gerückt.

■ Das Prinzip Einheitsgewerkschaft war bei der Gründung des DGB eine Grundkonstantive. Das ist weltweit ein einmaliges Modell. Wir wollen, dass sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter politisch engagieren. Aber wir wollen nicht, dass Parteisolddaten in den Gewerkschaften wirken, sondern Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sich in den Parteien für unsere Ziele einsetzen. Dieses Prinzip war in der Praxis mit der Zeit etwas in den Hintergrund gedrängt worden.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die Agenda 2010 war es eine

on der Arbeit, nicht als parteipolitischer Wurmfortsatz der SPD. Das ist einer der großen Fortschritte, für die ich auch als Person stehe.

Was heißt das in der Praxis?

■ Wir haben im Bundestagswahlkampf 2013 unsere Themen gesetzt und von den Parteien erwartet, dass sie sich darauf beziehen. Das mussten sie, weil sie zum Beispiel beim Mindestlohn nicht an 85 Prozent der Bevölkerung vorbeigehen konnten. Wir messen die Parteien an unseren Forderungen, und wir lassen uns nicht von Parteien für ihre Politik einspannen. Ich halte das für eine Bedingung für erfolgreiche Gewerkschaftspolitik.

Seit 2010 bist du auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Wie ist es um die internationale Gewerkschaftsbewegung bestellt?

■ Mittlerweile agiert der IGB praxisnah. Wir machen Organisationskampagnen, wir helfen im Bereich der Organisationsarbeit, aber auch bei Verbesserungen von Arbeits- und Lebensbedingungen. Es war eine besondere Aufgabe, die internationale Gewerkschaftsbewegung so zu organisieren, dass sie den Prozess der Globalisierung mitgestaltet. Heute werden die Gewerkschaften von den G20, den G8 oder den G7 als wichtiger Akteur geschätzt, auch die In-

europaparlament, sondern an ihm vorbei. Wer das ändern will, darf sich nicht von Europa zurückziehen, sondern muss sich dafür einsetzen, die europäischen Institutionen zu stärken, insbesondere das Europaparlament. Das fängt damit an, dass wir wählen gehen. Denn jede und jeder, die oder der nicht wählt, stärkt diejenigen, die mit Europa nichts am Hut haben. Das Europäische Parlament braucht mehr Kompetenzen. Vor Jahren hat es beschlossen, dass die EU die Finanztransaktionssteuer einführen soll – passiert ist nichts. Weil es nämlich in Europa möglich ist, die Beschlüsse des EU-Parlaments zu ignorieren. Das ist nicht das, was die Menschen wollen. Sie wollen gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt. Es geht um die Idee eines sozialen Europas. Wer das will, der muss Kandidaten wählen, die für ein demokratisches und starkes Europäisches Parlament stehen.

Was gibst du deinen Nachfolgern mit auf den Weg?

■ Anführer von Gewerkschaften sind nicht dazu da, als letzte das Licht auszumachen, sondern die Fackel weiterzugeben, und das tue ich jetzt. Wir haben neue Gewerkschaftsvorsitzende, wir wählen einen neuen DGB-Vorsitzenden, wir bekommen einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand. Und ich bin mir sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen das sehr gut machen werden.

Gute Arbeit im Fokus

Am 12. Mai wählen die Delegierten des 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses den neuen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV). Erstmals wird er nur aus vier Mitgliedern bestehen. Mitte Januar haben die Vorsitzenden

der DGB-Gewerkschaften ihre KandidatInnen vorgeschlagen. Als neuen DGB-Vorsitzenden haben sie Reiner Hoffmann nominiert. Elke Hannack wurde zur Wiederwahl als stellvertretende DGB-Vorsitzende vorgeschlagen. Als KandidatInnen

Reiner Hoffmann

Eine neue Ordnung der Arbeit

Wieder erstarkte Gewerkschaften und eine große Koalition, die sich auch offen für Anliegen der Beschäftigten zeigt – die politische Konstellation bietet derzeit eine Reihe von Chancen, eine gesellschaftliche Debatte über den Wert der Arbeit voranzutreiben.

Der Mindestlohn kommt, aber er allein reicht nicht, den ausufernden Niedriglohnssektor einzudämmen – vor allem, wenn es bei den von der Bundesregierung geplanten Ausnahmen bleibt. Menschen müssen von ihrer Arbeit ordentlich leben können. Sie brauchen vernünftige Arbeitsbedingungen, damit sie gesund in Rente gehen können. Das gelingt am ehesten in den Betrieben, in denen Tarifverträge gelten und starke Betriebsräte Beteiligung und gute Arbeit einfordern. Leider ist das keine Selbstverständlichkeit mehr. Immer häufiger setzen Arbeitgeber Beschäftigte unter Druck, wenn sie einen Betriebsrat gründen wollen. Betriebsräte haben keine Chance, etwa die Umgehung von Arbeitnehmerrechten durch Werkverträge zu unterbinden. Sie brauchen mehr Rechte, um schlechte Arbeit zu verhindern, aber auch, um für gute Arbeit initiativ zu werden. Eine Reform der Betriebsverfassung ist überfällig, auch die Unternehmensmitbestimmung muss ausgeweitet werden. Wir werden auf dem DGB-Kongress über eine Mitbestimmungsoffensive beraten.

Bessere Arbeitsbedingungen, die Humanisierung der Arbeitswelt gehören wieder in den Fokus der Politik. Wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit. Sie muss der demografischen Entwicklung ebenso Rechnung tragen wie der Digitalisierung der Arbeit. Gute Arbeit und mehr Mitbestimmung wollen

wir nicht nur in Deutschland. Wir leben in einer Welt, in der der Blick über die nationalen Grenzen zwingend notwendig ist. Dabei geht es um Europa, aber auch um die internationale Perspektive. Wir müssen eine Debatte über die Neuausrichtung der europäischen Politik führen. Wir brauchen Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa. Aber auch die Globalisierung muss fair gestaltet werden. Die Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen weltweit ist ein zentrales Element, um Arbeitnehmerrechte zu schützen.



Foto: privat

Der gebürtige Wuppertaler startete mit einer kaufmännischen Ausbildung bei den Farbwerken Hoechst. Über den zweiten Bildungsweg machte er seinen Abschluss zum Diplom-Ökonom. Der 58-Jährige, seit 1972 Mitglied der SPD, war Leiter der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung und engagierte sich anschließend 15 Jahre in der europäischen Gewerkschaftspolitik als Leiter des Europäischen Gewerkschaftsinstituts und danach als stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Im September 2009 wurde er zum Landesbezirksleiter Nordrhein der IG BCE gewählt; seit Januar 2014 ist er Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand.

Elke Hannack

Chancengleichheit durchsetzen

Gute Arbeit, das bedeutet gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Und zwar für Frauen und Männer gleichermaßen. Deshalb werden wir weiterhin für die Gleichstellung kämpfen. Unser Ziel ist nicht nur eine eigenständige Existenzsicherung, sondern auch die Entwicklung hin zu einer selbstbestimmten Erwerbsbiografie. Weg vom traditionellen Rollenbild, hin zu mehr partnerschaftlichem Engagement für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und gleiche Karrierechancen.

Von einer Existenzsicherung aus eigener Kraft können viele junge Menschen in unserer Gesellschaft nur träumen. Es gilt immer noch die Faustregel: Je höher der Bildungsabschluss, desto besser die Chancen auf eine Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen, fairen Löhnen und damit auch ein Leben in Würde. Um jungen Menschen das bestmögliche Rüstzeug mitzugeben, streiten wir für eine gute frühkindliche Bildung und gegen soziale Auslese im gegliederten Schulsystem. Es darf keine sozialen Barrieren auf dem Weg in Hochschulen geben, es muss endlich eine echte Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung geben. Auch das Thema Weiterbildung gewinnt neue Bedeutung, wenn wir alle länger arbeiten müssen.

Nicht nur junge Menschen in unserem Land brauchen eine Zukunftsperspektive. Fast sechs Millionen Jugendliche in Europa finden keine Arbeit. Eine riesige Herausforderung wird für die nächsten Jahre sein, junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Konzepte für gute Ausbildung, Studium und Berufseinstieg zu entwickeln. Die Implementierung der

Jugendgarantie in Deutschland und Europa bleibt ein Schwerpunkt.

Gute Arbeit brauchen wir auch für den öffentlichen Dienst und die Beamtinnen und Beamten, sei es in der Entlohnung und Besoldung oder für den Stopp im Personalabbau. Für gute Arbeitsbedingungen brauchen wir eine starke Personalvertretung. Der DGB wird sich für einen modernen, handlungsfähigen Staat stark machen. Dazu gehören eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge für die Menschen und eine bedarfsgerechte Finanzierung der öffentlichen Aufgaben.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Die 52-Jährige wurde im westfälischen Gladbeck geboren. Sie studierte evangelische Theologie in Münster. Während ihres Studiums arbeitete sie als Packerin und Verkäuferin und engagierte sich in der Gewerkschaft, unter anderem als Mitglied der großen Tarifkommission der früheren Gewerkschaft HBV (heute ver.di). Sie ist ausgebildete Organisations- und Rechtssekretärin und arbeitete seit 1994 in verschiedenen Funktionen in DGB-Kreisen und -Regionen sowie im DGB-Bezirk NRW, dessen stellvertretende Vorsitzende sie von 2005 bis 2007 war. Danach gehörte das CDA-Mitglied dem ver.di-Bundesvorstand an. Im Juni 2013 wurde sie als stellvertretende Vorsitzende in den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gewählt.

für die beiden weiteren Sitze im GBV sind Annelie Buntenbach und Stefan Körzell benannt. In ihren Statements beschreiben die KandidatInnen, worauf es ihnen in den nächsten vier Jahren ankommt.

Annelie Buntenbach

Mehr Druck für soziale Reformen

Gemeinsam haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Ob Mindestlohn oder Rentenpaket – es ist uns gelungen, wichtige politische Verbesserungen für die Beschäftigten zu erkämpfen. Aber es gibt keinen Grund, uns jetzt zurückzulehnen: Obwohl die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren gesunken ist, hat die Armut in Deutschland zugenommen. Der Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Die Langzeitarbeitslosigkeit verschwindet nicht von selbst, die prekäre Beschäftigung – Minijobs, Leiharbeit oder Werkverträge – wuchert weiter. Also müssen wir weiter gemeinsam Druck aufbauen für eine sozial gerechte Reformpolitik – für mehr Gute Arbeit und soziale Sicherheit, für Integration und Inklusion, für faire Mobilität und ein soziales Europa.

Die Debatte um die Rente mit 63 zeigt, dass es kein Spaziergang ist, sozialen Fortschritt durchzusetzen. Trotz neoliberalen Gegenwind sind wir gut aufgestellt: Mit dem DGB-Rentenmodell können wir zeigen, dass sichere Übergänge und stabile Renten für alle Generationen solidarisch finanzierbar sind. Dafür werden wir weiter werben, denn die Altersarmut der Zukunft zu verhindern, bleibt ein Top-Thema.

Soziale Sicherheit ist aber weit mehr als Armutsvermeidung. Es geht um faire Verteilung. Wir haben zwar die Kopfpauschale in der Krankenversicherung erfolgreich abgewehrt, doch wir werden nicht akzeptieren, dass die künftigen Lasten nun einseitig auf die Versicherten abgeladen werden sollen. Unser Leitbild bleibt die Bürgerversicherung – auch für die Pflege. Hier haben wir eine längst überfällige Reform angeschoben,

damit der Pflegenotstand endlich überwunden wird, aber auch hier sind wir noch lange nicht am Ziel.

Gute Arbeit mit sozialer Sicherheit und Zukunftsperspektiven statt prekärer Jobs und ständiger Überlastung – das ist die zentrale Herausforderung und unsere Antwort auf den Fachkräftebedarf der Zukunft. Der DGB-Index Gute Arbeit hat sich dafür als wirkungsvolles Instrument etabliert. Wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass „Made in Germany“ auch zum Gütesiegel für die Qualität der Arbeitsplätze wird.



Foto: DGB / Jana Stritzke

Die Lehrerin für Philosophie und Geschichte wurde 1955 in Solingen geboren. Mehrere Jahre arbeitete sie als Setzerin und engagierte sich in sozialen Netzwerken. 1978 trat sie in die Gewerkschaft und 1982 bei den Grünen ein. 1994 wurde sie für Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag gewählt. Als arbeitsmarktpolitische Sprecherin ihrer Partei übernahm sie auch die Leitung der Fachkommission Gewerkschaften in der Fraktion und war zuständig für den Bereich Rechtsextremismus. 2002 wechselte sie als Abteilungsleiterin Sozialpolitik zur IG BAU. Seit 2006 ist sie Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Migrations-, Antirassismus- und Europapolitik zuständig.

Stefan Körzell

In die Infrastruktur investieren

Das Leitbild „Gute Arbeit“ wird in den nächsten vier Jahren die Arbeit von DGB und Gewerkschaften bestimmen. Es soll zum Gegenentwurf von Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt werden. Dazu müssen wir die Tarifautonomie stärken und den Gestaltungsspielraum von Tarifverträgen erweitern. Nur in den Branchen und Betrieben, in denen Tarifverträge existieren und Gewerkschaften gute Rahmenbedingungen aushandeln, wird gute Arbeit für die Beschäftigten zur Realität. Ein Mindestlohn ohne Ausnahmen ist ein erster wichtiger Schritt, aber nur die unterste Halteinie.

Wer gute Arbeitsplätze will, der muss auch für eine gute Infrastruktur sorgen. Wir brauchen eine Infrastrukturoffensive. Deutschland muss in Bildungseinrichtungen, Energieversorgung und Telekommunikationseinrichtungen ebenso investieren wie in gute Verkehrswege und schnelle Anbindungen. Es gibt einen Investitionsstau, der dringend aufgelöst werden muss. Kommunen, Länder und der Bund sind gemeinsam in der Verantwortung. Sparpolitik und Steuersenkungen haben die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand massiv eingeschränkt. Dazu kommt die Schuldenbremse, die zusätzlich notwendige Investitionen auf eine unabsehbare Zeit verschiebt. Damit Deutschland wieder zu einem Vorzeigestaat wird, muss die Steuerpolitik für die notwendigen Einnahmen sorgen. Derzeitig werden vor allem die Beschäftigten über Gebühr belastet. Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende haben. Ein erster Schritt wäre die Abflachung der Steuertarifs – zur Beseitigung der kalten Progression, da-

mit Lohn- und Gehaltssteigerungen nicht mehr automatisch zu einem Anstieg der Steuerbelastung bei kleinen und mittleren Einkommen führen. Die Handlungsfähigkeit des Staates muss aber erhalten bleiben, die Einnahmen dürfen nicht gesenkt werden. Die dringend notwendigen Mittel für Investitionen könnten beispielsweise durch die Abschaffung der pauschalen Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte, eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine stärkere Belastung großer Erbschaften aufgebracht werden.



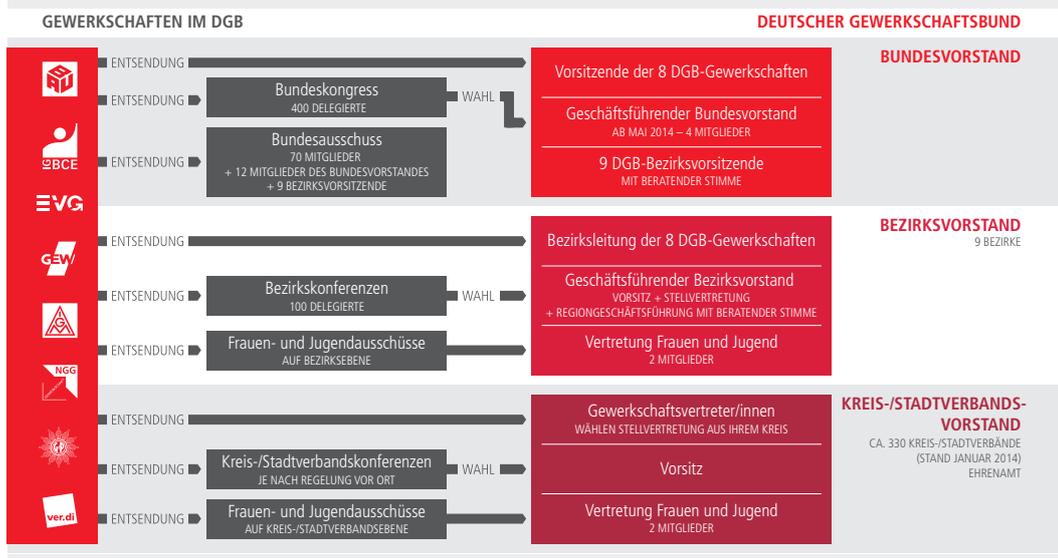
Foto: DGB

Stefan Körzell wurde 1963 im hessischen Wildeck-Bosserode geboren. Noch während seiner Ausbildung zum Maschinenschlosser bei den Rotenburger Metallwerken wurde Körzell mit 17 Jahren Mitglied der IG Metall. Als Jugendvertreter kämpfte er erfolgreich für die Übernahme aller Auszubildenden im Unternehmen. Bis 1990 arbeitete er dort, zuletzt als Schichtführer, gleichzeitig engagierte er sich ehrenamtlich in IG Metall und DGB. 1990 wurde er DGB-Organisationssekretär in Fulda und 1991 im Kreis Hersfeld-Rotenburger. 1993 trat Körzell in die SPD ein. 1997 wurde er zum Vorsitzenden des DGB-Kreises Bad Hersfeld-Eschwege gewählt. Seit dem 2. Februar 2002 ist Körzell Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen.

— ● DIE DGB-SATZUNG —

Auf allen Ebenen demokratisch organisiert

Auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress 2010 haben die Delegierten der acht Mitgliedsgewerkschaften eine neue Satzung beschlossen. Diese sieht drei Ebenen vor: Auf der Bundes- und Bezirksebene wird der DGB durch Hauptamtliche repräsentiert, die Kreis- und Stadtverbände arbeiten ehrenamtlich. Alle vier Jahre wählen die 400 Delegierten des DGB-Bundeskongresses die vier Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands. Sie bilden mit den Vorsitzenden der acht Gewerkschaften den DGB-Bundesvorstand.



— ● TERMINE —

- Sonntag, 11. Mai, CityCube Berlin**
 11 Uhr Eröffnung mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, dem Bundespräsidenten Joachim Gauck und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit
 14 Uhr Konstituierung, Geschäftsbericht, Bericht der Revisionskommission, Aussprache zum Geschäftsbericht und Bericht der Wahl- und Mandatsprüfungskommission
- Montag, 12. Mai**
 9 Uhr Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand
 15 Uhr Grußwort von Ryder, ILO-Generaldirektor, anschließend Antragsberatung
- Dienstag, 13. Mai**
 9 Uhr Grundsatzreferat des/der DGB-Vorsitzenden mit Aussprache, anschließend Antragsberatung
 15 Uhr Grußwort von Andrea Nahles, SPD, Bundesarbeitsministerin

- Mittwoch, 14. Mai**
 9 Uhr Grußwort Simone Peters, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen
 10 Uhr Grußwort Dr. Peter Tauber, CDU-Generalsekretär
 11.30 Uhr Grußwort Sigmar Gabriel, SPD, Bundeswirtschaftsminister
 15 Uhr Grußwort Bernadette Ségol, EGB-Generalsekretärin, Talkrunde mit Euro-Betriebsräten
- Donnerstag, 15. Mai**
 9 Uhr Fortsetzung des Kongresses
 9.30 Uhr Grußwort Bernd Riexinger, Parteivorsitzender Die Linke
- Freitag, 16. Mai**
 9 Uhr Fortsetzung des Kongresses
 12.30 Uhr Schlusswort des/der DGB-Vorsitzenden

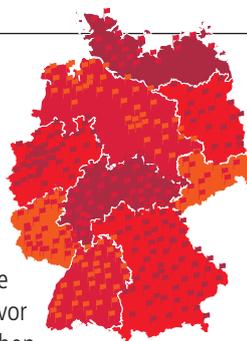
— ● DIE DGB-KREIS- UND STADTVORBÄNDE —

Stark vor Ort

Ein Ziel der 2010 beschlossenen DGB-Strukturreform war, die ehrenamtliche Arbeit auf kommunaler Ebene zu stärken. Das ist gelungen, meint Dietmar Muscheid, DGB-Bezirksvorsitzender Rheinland-Pfalz/Saarland. „Der DGB hat vor Ort ein Gesicht bekommen.“ Die neue Struktur sei für die Ehrenamtlichen eine brauchbare Grundlage, um gewerkschaftliches Engagement zu bündeln und sich im besten Sinne in der Kommunal- und Regionalpolitik einzumischen.

Die DGB-Satzung sieht seit 2010 eine neue ehrenamtliche Ebene vor, die Kreis- und Stadtverbände. Mehr als 330 Verbände sind mittlerweile gegründet worden – von Bayern bis Schleswig-Holstein, vom Saarland bis nach Brandenburg. In vielen Kommunen setzen sich nun DGB-Kreis- und Stadtverbandsvor-

stände für Arbeitnehmerinteressen ein. Ob für den gesetzlichen Mindestlohn, eine moderne Infrastruktur oder sichere Arbeitsplätze in der Region: Der DGB ist vor Ort aktiv. Die ehrenamtlichen GewerkschafterInnen vertreten die Interessen des DGB und der Gewerkschaften auf kommunaler Ebene, formulieren Vorschläge und Stellungnahmen zu regionalen Fragen und setzen die Beschlüsse des DGB-Bundesvorstandes in eigener Regie um. Unterstützt werden sie durch die hauptamtlichen Strukturen der Regionsgeschäftsstellen bei den DGB-Bezirken.



www.dgb.de/-zn9

— ● SCHLUSSPUNKT —

„Und so schöpfen wir unsere Kraft aus der Einheit. Aus der Fähigkeit, Vielfalt zu gemeinsamer Stärke zu bündeln. Aus der Bereitschaft, uns Mühe miteinander zu geben – auch wenn wir in der Sache mal anderer Meinung waren und sind.“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seiner Grundsatzrede auf dem DGB-Bundeskongress am 17. Mai 2010.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.
Die nächste einblick Ausgabe mit allen Fakten und Infos zum 20. Ordentlichen DGB-Bundeskongress erscheint am 19. Mai

Gerichtliches Verfahren**Keine Klage per E-Mail**

Die Klageerhebung vor dem Sozialgericht per E-Mail ist nur in bestimmten Fällen zulässig.

Der Fall: Die Frau, die ergänzend zu ihrer selbstständigen Tätigkeit Hartz-IV-Leistungen bezog, war vom zuständigen Jobcenter informiert worden, dass beabsichtigt sei, Leistungen von ihr zurückzufordern. Sie erhielt vorab Gelegenheit, sich hierzu zu äußern. Gegen dieses Schreiben legte sie Widerspruch ein, den das Jobcenter zurückwies. Bei dem behördlichen Schreiben habe es sich um eine Anhörung und nicht um eine Entscheidung gehandelt. Die Frau wandte sich an das Sozialgericht und bat um Beratung. Hier wurde ihr mitgeteilt, dass das Sozialgericht keine Rechtsberatung leisten dürfe. Es bestehe aber die Möglichkeit, auf der Rechtsantragsstelle durch persönliche Vorsprache Klage zu erheben und Anträge zu stellen. Von dieser Möglichkeit machte die Frau keinen Gebrauch. Sie reichte stattdessen per E-Mail Klage beim Sozialgericht ein. Auf Schreiben und Hinweise des Gerichts reagierte die Frau in der Folge nicht.

Das Sozialgericht: Die Klage ist unzulässig, weil sie nicht formgerecht erhoben worden ist. Eine Klage ist nur dann wirksam, wenn sie schriftlich oder zur Niederschrift beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben wird. Eine Klageerhebung per E-Mail hingegen ist nur zulässig, wenn die E-Mail mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Eine solche – bei Privatleuten kaum verbreitete – Signatur wies die E-Mail der Klägerin aber nicht auf. Darüber hinaus ist die Klage auch unbegründet, da ein Widerspruch gegen eine Anhörung tatsächlich nicht zulässig ist.

Sozialgericht Mainz,

Urteil vom 20. Februar 2014 - S 10 AS 1166/13

Hartz IV**Jobcenter zahlt Reise nach Indonesien**

Ein Hartz-IV-Empfänger kann vom Jobcenter die Finanzierung einer dreiwöchigen Reise nach Indonesien zur Wahrnehmung des Umgangsrechts mit seinem zehnjährigen Sohn verlangen.

Der Fall: Der zehnjährige Sohn des Hartz-IV-Empfängers, ist vor einigen Jahren ohne Zustimmung des Vaters mit der Mutter nach Indonesien gezogen. Der Vater pflegt telefonischen und schriftlichen Kontakt zu ihm. Da ihm die finanziellen Mittel zur Durchführung einer Reise nach Indonesien fehlten, beantragte er entsprechende Mittel beim Jobcenter. Nach Ablehnung durch das Jobcenter hat er beim Landessozialgericht eine einstweilige Anordnung beantragt. Dieser ist im Wesentlichen entsprochen worden.

Das Landessozialgericht: Die Ausübung des Umgangsrechts mit dem Sohn ist eine wichtige Stütze für die Entwicklung des Sohnes, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Sohn in einer fremden Kultur lebt. Bei der Abwägung sind auch die grundrechtlichen Belange des Antragstellers zu berücksichtigen. Der Kontakt zum Sohn ist unter Berücksichtigung des grundrechtlich geschützten familiären Kontakts von besonderem Belang. Auch das Kindeswohl ist bei der Abwägung zu berücksichtigen. Im Jahresintervall sind Mittel zur Ausübung des Umgangsrechts zur Verfügung zu stellen. Die letzte Reise des Antragstellers hat im Februar 2013 stattgefunden und liegt damit nunmehr mehr als ein Jahr zurück. Eine Reisedauer von drei Wochen ist angemessen.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,

Beschluss vom 17. März 2014 - L 7 AS 2392/13 B ER

Bildung eines Arbeitsschutzausschusses**Betriebsrat ohne Antragsrecht**

Das Arbeitssicherheitsgesetz verpflichtet den Arbeitgeber in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten, einen Arbeitsschutzausschuss zu bilden. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, kann sich der Betriebsrat an die Arbeitsschutzbehörde wenden. Sie hat die Errichtung eines Arbeitsschutzausschusses anzuordnen und kann im Weigerungsfall eine Geldbuße verhängen. Der Betriebsrat hat keinen Anspruch auf Errichtung eines Arbeitsschutzausschusses; denn es handelt sich um eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers.

Bundesarbeitsgericht,

Beschluss vom 15. April 2014 - 1 ABR 82/12

Betriebsratswahl**Nur ausnahmsweise zu stoppen**

Der Arbeitgeber kann gegenüber dem Wahlvorstand die Erteilung der Auskünfte für die Wählerliste nur verweigern, wenn die beabsichtigte Betriebsratswahl voraussichtlich nichtig ist. Die Verkennung des Betriebsbegriffs führt regelmäßig nicht zur Nichtigkeit einer Betriebsratswahl oder Wahlvorstandsbestellung.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,

Beschluss vom 2. April 2014 - 3 TaBVGa 2/14

Alkoholerkrankung**Steht Kündigung nicht entgegen**

Das Arbeitsverhältnis eines Berufskraftfahrers kann aus verhaltensbedingten Gründen gekündigt werden, wenn er sein Kraftfahrzeug unter Alkoholeinfluss führt. Der Arbeitnehmer kann sein Verhalten nicht damit entschuldigen, er sei alkoholkrank und habe deshalb seine vertraglichen Pflichten nicht schuldhaft verletzt.

Arbeitsgericht Berlin,

Urteil vom 3. April 2014 - 24 Ca 8017/13

Berufskrankheit der Berufsgeiger**Wirbelsäulenleiden nicht anerkannt**

Bei Berufsgeigern kommt die Anerkennung einer Halswirbelsäulenerkrankung als Wie-Berufskrankheit derzeit nicht in Betracht. Denn es fehlt an den notwendigen gesicherten medizinischen Erkenntnissen, dass eine „Schulter-Kinn-Zange“ geeignet ist, Halswirbelsäulenbeschwerden hervorzurufen.

Bundessozialgericht,

Urteil vom 18. Juni 2014 - B 2 U 3/12 R

Mutterschutzgesetz**Kind muss 500 Gramm wiegen**

Im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs liegt eine Entbindung im Sinne des Mutterschutzgesetzes nur vor, wenn das Kind ein Gewicht von mindestens 500 Gramm aufweist und damit grundsätzlich lebensfähig ist. Ist das nicht der Fall, besteht für die Mutter kein Kündigungsschutz nach dem Mutterschutzgesetz.

Landesarbeitsgericht Bremen,

Urteil vom 3. Dezember 2013 - 1 Sa 89/13